

Basel

# „Brauchen flexible Lösung“

Die Oberbadische, 27.08.2014 23:02 Uhr



Eine Lösung liegt noch in weiter Ferne. Foto: Michael Werndorff Foto: Die Oberbadische

Von Michael Werndorff

Basel. Welche Probleme die Entscheidung zur Masseneinwanderung mit sich bringt und wie die Umsetzungsstrategie des Bundesrates aussehen wird, wurde am Dienstagabend in einer Podiumsrunde diskutiert, zu welcher der Think Tank „Metrobasel“ Vertreter aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft geladen hatte.

„Wir benötigen eine flexible Lösung“, sagte der Chefökonom des Wirtschaftsdachverbands economiesuisse, Rudolf Minsch, der die zu erwartende Kontingentierung und Revision der Personenfreizügigkeit negativ sieht. In diese Kerbe schlug auch Werner Kübler, Direktor des Universitätsspitals Basel. „Die Freizügigkeit muss gerettet werden, sonst gehen EU-Fördermittel für Projekte verloren. Auch leidet die Glaubwürdigkeit des Forschungsstandorts Basel.“

Vertreter aus der Wirtschaft waren sich daher einig, dass eine Umsetzung mit Augenmaß erfolgen muss, die den Zugang zu Fachkräften nicht gefährde. Allerdings sei eine annehmbare Lösung derzeit nicht in Sicht, so Eduard Schmied, Präsident Bauunternehmer Regio Basel. Die von der SVP-Initiative verlangten Kontingente sollen jährlich festgelegt werden, gestützt auf Bedarfsmeldungen der Kantone und die Einschätzungen eines beratenden

Gremiums. Dabei rechnen Wirtschaftsvertreter mit Verteilungswettkämpfen, aufgrund des zu erwartenden Fachkräftemangels. Das Problem: „Die Initiative will ein Problem auf nationaler Ebene lösen, dabei ist es angebracht, auf regionaler oder kantonaler Ebene zu handeln“, sagte der Leiter vom Amt für Wirtschaft und Arbeit Basel-Stadt, Hansjürg Dolder. Jetzt müsse man eben das Beste daraus machen.

Allerdings schlummere ein noch ungenutztes Potential in den Arbeitskräften „50-plus“ und Frauen, die oftmals Teilzeit arbeiten würden. Daher sei eine Lösungsmöglichkeit, verstärkt auf diese Personengruppe zu setzen, so Schmied. Allerdings seien in unserer Branche Frauen eher die Ausnahme und damit lasse sich der Bedarf zukünftig nicht decken, sagte er sinngemäß. Zudem solle wieder mehr auf Ausbildung gesetzt werden, erklärte Werner Kübler, da sei noch Luft nach oben. „Die Masseneinwanderungsinitiative ist nicht das geeignete Mittel, dem Unbehagen der Bevölkerung zu begegnen“, sagte Regula Ruetz, Direktorin von Metrobasel, hinsichtlich der Ängste vor Überfremdung. Ihr Negativausblick für den Fall der Umsetzung, für welche die eidgenössische Regierung in Bern drei Jahre Zeit hat: Die Wirtschaft werde geschwächt, mit sinkenden Einnahmen bei Steuer und Altersversorgung sei zu rechnen. Zudem werde es weniger Arbeitsplätze und eine stagnierende Innovationskraft in der High-Tech- und Pharmabranche geben.

„Wir sind deswegen auf eine moderate Einwanderung angewiesen“, sagte Ruetz. Laut Yves Rossier, Staatssekretär im EDA und Chefunterhändler, werde eine erneute Kontingentierung und die etwaige Aufkündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit den 28 EU-Staaten zu erheblichen Nachteilen führen. „Dann wären wir bloß ein Drittstaat. Außerdem sind auch andere bilaterale Abkommen in Gefahr.“ Der Tenor fiel einstimmig aus: Es herrschte große Ratlosigkeit bei allen Beteiligten.